

21. Dezember 2006
Der Standard

Lobau: Skeptischer Blick in die Zukunft Grüne fordern fundamentale Änderungen der Straßenpläne

Eine umfangreiche "Redimensionierung" der Verkehrspolitik und Gespräche über das "Eingemachte" statt eines "Debattierklubs": Das fordern die Wiener Grünen für den runden Tisch, der nach dem Abzug der Autobahngegner aus der Lobau versprochen wurde.

Wien – Nach der Beendigung der Lobau-Besetzung herrscht bei den Grünen – welche sich bis hin zu Bundessprecher Alexander Van der Bellen gern bei den wehrhaften Öko-Aktivisten zeigten – eher verhaltene Stimmung vor. Man sei erfreut über den friedlichen Ausgang der Besetzung, große Euphorie über den im Gegenzug zugesagten runden Tisch zur Verkehrspolitik sei aber nicht angebracht.

"Der runde Tisch darf nicht als Debattierklub missbraucht werden, wo am Ende das Salzamt wartet", warnte die Chefin der Wiener Grünen, Maria Vassilakou, am Mittwoch davor, dass die Gespräche nicht ernst genommen werden.

Und "ernst nehmen" heißt in den Augen der Grünen eine fundamentale "Redimensionierung" der gesamten Verkehrsplanung in Wien und der Ostregion. Gegenstand der Gespräche soll nicht nur die geplante Nordostumfahrung (S1), sondern das gesamte Straßenausbauprogramm sein, forderte der Grünen-Umweltsprecher Rüdiger Maresch: "Es muss über das Eingemachte geredet werden." Sprich: Klimaschutz, Sinnhaftigkeit und Finanzierung der Lobau-Autobahn, Feinstaub, Lärm und Zersiedelung. Konkret bedeute dies das "Aufschnüren" des Generalverkehrsplans. Dabei müsse der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel im Nordosten der Stadt und die rasche Schaffung von kleinräumigen Umfahrungsstraßen oberste Priorität haben. Erst wenn sich herausstelle, dass dies nicht ausreiche, könne man darüber nachdenken, die Donau-Uferautobahn (A22) von Kaisermühlen über eine sechste Donauquerung nach Simmering mit der Ostautobahn (A4) zu verbinden, erläuterte Vassilakou.

"Eine Autobahn unter dem Nationalpark kann nicht als unschädlich bezeichnet werden", meint Vassilakou. Ganz sicher brauche man aber keine Nordostumfahrung, die nur dem Transitverkehr und nicht den Pendlern diene. Sollte der runde Tisch keine weit reichenden Änderungen bringen, könnten die Besetzer wieder in die Au zurückkehren. Unabdingbar für erfolgreiche Gespräche wäre die Teilnahme "höchststrangiger" Politiker aus Wien, Niederösterreich und dem Bund, die mit NGO-Vertretern debattieren.

Runder Tisch bis Juni

Wer am runden Tisch sitzen wird, soll in den nächsten Wochen geklärt werden, zu tatsächlichen Gesprächen soll es jedenfalls in der ersten Hälfte 2007 kommen, heißt es aus dem Büro von Verkehrsstadtrat Rudi Schicker (SP). Was die Forderungen der Grünen betrifft, würden diese "versuchen, als Trittbrettfahrer auf den Erfolg der Verhandlungen zwischen Stadt und Aktivisten aufzuspringen, obwohl sie nicht mehr als Faschingskrapfen beigesteuert haben". "Wir wollten die Protestbewegung unterstützen und nicht vereinnahmen", weist Vassilakou den Vorwurf zurück. (kri, DER STANDARD Printausgabe 21.12.2006)

Link zum Online-Artikel:
<http://derstandard.at/?url=/?id=2703942>